

Planspiele am Hindukusch

Die drohende Schließung der amerikanischen Militärbasis in Kirgisien verengt die Spielräume der Nato in Afghanistan

Andrea Schmitz / Uwe Halbach

Seit Beginn des Einsatzes in Afghanistan kommt den zentralasiatischen Staaten als Kooperationspartnern des westlichen Bündnisses eine Schlüsselstellung zu. Diese Zusammenarbeit gewinnt angesichts der sich stetig verschlechternden Lageberichte aus Afghanistan immer mehr an Gewicht, und zwar nicht nur für die Nato, sondern auch für die zentralasiatischen Staaten selbst sowie für Russland. Der Konsens über die Notwendigkeit einer Eindämmung der von Afghanistan ausgehenden sicherheitspolitischen Bedrohung wird jedoch überlagert von ausgeprägten Eigeninteressen der Staaten in der Region und von russischen Hegemonialansprüchen. Afghanistan entwickelt sich zu einem außenpolitischen Joker – für Russland, aber auch für die Staaten Zentralasiens.

Das gewachsene Interesse des Westens an Zentralasien erklärt sich nicht nur aus dem Wunsch, den Zugang zu den Rohstoffquellen der Region offenzuhalten, sondern steht auch in engem Zusammenhang mit dem Nato-Einsatz in Afghanistan. Die Region ist aufgrund ihrer geographischen Lage von zentraler Bedeutung für die Versorgung der dort stationierten Truppen. Seit Beginn des Einsatzes nutzen die daran beteiligten Staaten Militärbasen in Usbekistan und Kirgisien. Angesichts der wachsenden Schlagkraft der islamistischen Aufständischen in Afghanistan hat die neue Administration in Washington die Stabilisierung des Landes zur außenpolitischen Priorität erhoben. Sie beabsichtigt, das dort stationierte US-Kontingent zunächst um 17 000 auf insgesamt 55 000 amerikanische

Soldaten aufzustocken. Ob eine solche Maßnahme ausreicht, um die Taliban aus den umkämpften Gebieten zu vertreiben und Afghanistan zu stabilisieren, ist umstritten. In jedem Fall aber setzt eine Truppenverstärkung eine reibungslose Versorgungslogistik voraus.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage neuer Nachschubwege an Dringlichkeit. Bislang werden an die 80 Prozent der für die Truppen bestimmten militärischen und zivilen Güter über Pakistan geliefert. Die Transporte führen von Karachi über zwei Routen nach Afghanistan: die kürzere über Quetta nach Kandahar, die längere über Peshawar und den Khyberpass nach Kabul. Diese Nachschubwege werden aber immer häufiger angegriffen und unterbrochen.

Das »Northern Distribution Network«

Als Ergänzung zu dieser verletzlichen Versorgungslogistik rücken nun verstärkt Transportverbindungen von Stützpunkten in Europa über den GUS-Raum ins Blickfeld. Auch Nachschublinien über die Golfstaaten, ja sogar über den Iran sind im Gespräch. Am weitesten fortgeschritten sind bisher jedoch die Pläne für den GUS-Raum. Dabei kommen zwei Landverbindungen in Frage: Routen über Russland und Zentralasien nach Nordafghanistan oder ein Russland umgehender Transportweg über den Südkaukasus und das Kaspische Meer nach Zentralasien. Bezüglich der Nordroute hat der Kommandeur des US Central Command, General Petraeus, im Januar 2009 Gespräche in Zentralasien geführt und ist dabei auf positive Resonanz gestoßen. Russland und die zentralasiatischen Staaten hatten bereits auf dem Nato-Gipfel in Bukarest vor einem Jahr ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, ihre Territorien für neue Versorgungskanäle nach Afghanistan zu öffnen.

Tadschikistan, das sich unter den drei zentralasiatischen Nachbarn mit Afghanistan die längste und am schwierigsten zu kontrollierende Landgrenze (1300 km) teilt, bietet Verbindungen über den Grenzfluss Pjandsch für den Transport ziviler Güter für die Truppen in Afghanistan an. Allerdings ist Tadschikistan das schwächste Glied im »Northern Distribution Network.« Der Zustand seiner Infrastruktur erlaubt es dem Land derzeit nicht, eine Brückenfunktion nach Afghanistan zu übernehmen. Das tadschikische Interesse an einer Ausweitung des amerikanischen Engagements im Land wird folglich nicht zuletzt von Hoffnungen auf eine Zunahme amerikanischer Entwicklungshilfe und Investitionstätigkeit genährt.

Dagegen nimmt Usbekistan für den Nachschub nach Afghanistan schon jetzt eine Schlüsselstellung ein. Es hat den kürzesten und am besten kontrollierten Grenzabschnitt zu Afghanistan und verfügt über eine bessere Infrastruktur als Tadschikistan und Turkmenistan, die beiden anderen zentralasiatischen Afghanistan-Anrainer.

Mit dem vorwiegend von deutschen Soldaten genutzten Stützpunkt Termez stellt es die wichtigste Landverbindung zur Verfügung. Hier verläuft die bisher einzige Eisenbahnlinie nach Nordafghanistan.

Eine wichtige Rolle in den Planungen für den Ausbau des nördlichen Versorgungsnetzes kommt Kasachstan zu, das als der verlässlichste Bündnispartner der Nato in Zentralasien gilt und sich als einziger der Staaten dieser Region mit eigenem Personal am Wiederaufbau Afghanistans beteiligen will. Auch Kasachstan hat sich bereit erklärt, die von Washington geplante Truppenverstärkung in Afghanistan zu unterstützen und den USA den Transit nichtmilitärischer Nachschubgüter zu gestatten, von denen ein beträchtlicher Teil, insbesondere Baumaterialien und Nahrungsmittel, in Kasachstan selbst beschafft werden soll. Bereits zuvor hatte auch Russland der Administration von Präsident Obama Unterstützung beim Ausbau des Afghanistan-einsatzes signalisiert und zugesichert, den Transport von Hilfsgütern durch Russland zu ermöglichen.

Der kirgisische Knoten

Angesichts der allseits signalisierten Kooperationsbereitschaft kam die Ankündigung des kirgisischen Präsidenten Bakiew, den Luftwaffenstützpunkt Manas/Ganci für die amerikanischen Truppen zu schließen, einigermaßen überraschend. Die nahe der Hauptstadt Bischkek gelegene Militärbasis hat seit Beginn des Einsatzes in Afghanistan herausragende Bedeutung für die Versorgung der unter dem Dach der Nato operierenden International Security Assistance Force (ISAF). Der Stützpunkt wird auf der Grundlage eines im Dezember 2001 zwischen dem Pentagon und dem kirgisischen Verteidigungsministerium geschlossenen Pachtvertrags von der ISAF als Umschlagplatz für Güter- und Personentransporte nach Afghanistan genutzt. Eine weitere zentralasiatische Militärbasis, den Flughafen Karshi-Khanabad in Usbekistan, hatten die USA im Sommer 2005 aufgeben

müssen. Seither ist Manas die wichtigste Drehscheibe des Lufttransports nach Afghanistan. Rund 1000 Soldaten, die meisten davon amerikanischer Nationalität, sind dort derzeit stationiert. Über den Stützpunkt werden monatlich 15 000 Personen und 500 Tonnen Güter zur Unterstützung der Truppen in Afghanistan transferiert.

Als Begründung für die beabsichtigte Kündigung des Stützpunktabkommens verwies Bakiew auf die desolote ökonomische Situation des Landes, die Kirgisien zu einer Erhöhung der Pacht für Manas zwingt. Darauf seien die Amerikaner jedoch nicht eingegangen. Das Pentagon zahlt seit Juli 2006 für die Nutzung des Stützpunkts knapp 17,5 Millionen US-Dollar pro Jahr – eine beträchtliche Steigerung gegenüber den 2 Millionen US-Dollar, die bis dahin pro Jahr an die kirgisischen Gastgeber entrichtet worden waren. Neben dem Dissens um die Mietzahlungen herrscht auf kirgisischer Seite auch Unzufriedenheit über das generell geringe wirtschaftliche Engagement der Amerikaner in dem ressourcenarmen Land.

In der Tat scheinen ökonomische Gesichtspunkte für das Vorgehen der Kirgisen ausschlaggebend zu sein. Zeitgleich mit der Ankündigung Bakiews gab Russlands Präsident Medwedew nämlich bekannt, Kirgisien mit einem 2 Milliarden US-Dollar starken Finanzpaket unter die Arme greifen zu wollen. Davon sollen 150 Millionen US-Dollar als nicht rückzahlbare Budgethilfe und weitere 300 Millionen als Darlehen zu besonders günstigen Konditionen vergeben werden, wie sie auch in der westlichen Entwicklungshilfe, etwa bei der Weltbank, üblich sind. Dies ist ein Angebot, das man in Kirgisien, dessen jährliches Bruttoinlandsprodukt knapp 4 Milliarden US-Dollar beträgt, nicht ausschlagen kann.

Allerdings ist die Moskauer Finanzspritze schon seit längerem Gegenstand russisch-kirgisischer Verhandlungen. Grund für die Verzögerungen bei der Auszahlung dürften die damit verbundenen Auflagen sein – und möglicherweise gehörte die Aufkündigung des Pachtvertrags mit den USA von Anfang an dazu. Die Vermutung liegt jedenfalls

nahe, dass Bakiew, der innenpolitisch stark unter Druck steht, sich russischem Drängen deshalb gebeugt hat, weil er sich davon auch politische Unterstützung gegenüber der Opposition erhofft, die seine vorzeitige Absetzung betreibt und auf vorgezogene Wahlen im Frühjahr hinarbeitet. Aber auch die ökonomischen Konditionen, die an das Milliardenpaket geknüpft sind, implizieren langfristige Verpflichtungen gegenüber Russland. So soll der größte Teil des Pakets, nämlich 1,7 Milliarden US-Dollar, in den Ausbau der Wasserkraft investiert werden, der mit russischer Beteiligung geleistet werden soll und für Kirgisiens Wirtschaft strategische Bedeutung besitzt.

Seitdem das kirgisische Parlament den Beschluss des Präsidenten am 19. Februar bestätigt hat, geht man offenbar auch im amerikanischen Verteidigungsministerium davon aus, dass die ISAF-Soldaten die Basis Manas innerhalb der vertraglich festgelegten Frist von 180 Tagen werden räumen müssen. Ob es den Amerikanern gelingt, Bakiew doch noch umzustimmen, wird vor allem davon abhängen, welchen Preis das Pentagon für die weitere Nutzung des Stützpunkts zu zahlen bereit ist.

Realpolitik auf Russisch

Das zeitliche Zusammenfallen der Ankündigung über die Schließung von Manas mit der russischen Finanzofferte legt die Vermutung nahe, dass Russland die Entscheidung Bakiews aktiv beeinflusst hat. Dies steht, zumindest auf den ersten Blick, im Widerspruch zu dem auch von Moskau geteilten Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans. Denn nicht nur in den Staaten Zentralasiens, auch im Kreml ist die Befürchtung groß, dass islamistische Terrornetzwerke nach Norden ausgreifen, falls die Nato weitere Rückschläge in Afghanistan erleidet. Deshalb hatte sich Russland im Januar auch bereit erklärt, eine Nachschubroute für die Nato zu installieren.

Vor diesem Hintergrund enthält der kirgisische Kasus eine deutliche Botschaft: Eine Zusammenarbeit mit Moskau ist nur

unter der Bedingung zu haben, dass russische Interessen respektiert werden. Zu diesen zählt erklärtermaßen die Wahrung des russischen Einflusses in Zentralasien. Die Stabilisierung Afghanistans ist demgegenüber von nachrangiger Bedeutung und wird dem Bestreben untergeordnet, die eigenen Revieransprüche in Zentralasien zu verteidigen. Nur wenn sich die USA diesen Bedingungen unterwerfen, ist mit Moskaus Hilfe zu rechnen.

Der Zeitpunkt für eine solche »Reviermarkierung« ist in der Tat günstig, denn der Nato-Einsatz in Afghanistan droht nicht nur am Widerstand der Taliban zu scheitern, sondern wird auch von den afghanischen Eliten immer kritischer gesehen. Der in Afghanistan wachsende Unmut über den mangelnden Erfolg der militärischen Strategie der Nato spielt den russischen Interessen ebenso in die Hände wie die ökonomische Misere in Kirgisien und die zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung Bakiews. In dieser Situation eignen sich die amerikanischen Pläne für ein »Northern Distribution Network« vorzüglich als Druckmittel, um die USA dazu zu zwingen, sich bei den Planungen für die Stabilisierung Afghanistans mit Moskau abzustimmen, und Washington deutlich zu machen: Der sicherheitspolitisch relevante Partner des Westens in Zentralasien ist Russland.

Gleichzeitig kommt die Situation in und um Afghanistan auch den russischen Interessen im Westteil des postsowjetischen Raums entgegen. Auch an dieser Front erwartet Moskau von der Nato Gegenleistungen. Das betrifft in erster Linie den Verzicht auf eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die Allianz und den US-Raketenschild in Polen und Tschechien. Auch hier fungiert Afghanistan für Russland als Joker im außenpolitischen Spiel mit den USA und der Nato.

Geringe Spielräume

Die Pläne für den Aufbau eines nördlichen Versorgungsnetzwerks würden durch die

Schließung der kirgisischen Militärbasis einen empfindlichen Rückschlag erhalten. Es ist daher davon auszugehen, dass die USA nach einem Ersatz für Manas suchen werden. Tadschikistan wäre dazu zweifellos bereit, eignet sich aber wegen seiner Infrastrukturschwäche nur eingeschränkt als Gastgeber für eine amerikanische Militärbasis. Usbekistan dagegen, das dafür am ehesten in Frage käme, hält sich mit Angeboten an die Amerikaner zurück. Hauptgrund dürfte die Rücksichtnahme gegenüber Russland sein, zumal auch Usbekistan auf die Umsetzung russischer Investitionszusagen wartet. Ungeachtet dessen aber ist anzunehmen, dass Moskau eine solche Kooperation als Affront deuten und die Zusammenarbeit bei der Nachschubsicherung über den nördlichen Korridor auf anderen Streckenabschnitten erschweren würde. Es scheint in der Tat, als sei das nördliche Distributionsnetzwerk für die Versorgung der Nato-Soldaten in Afghanistan ohne den Goodwill Russlands nicht zu realisieren.

Angesichts dessen wird die Nato die eingangs genannten alternativen Versorgungswege genauer in den Blick nehmen, aber gleichzeitig auch die Pläne für Nord-Süd-Verbindungen über den GUS-Raum weiterverfolgen. Eine pragmatische Kooperation mit Russland wird dabei auf Dauer nur dann zu erreichen sein, wenn man bereit ist, an Russland mehr Verantwortung für die Stabilisierung Afghanistans zu übertragen. Dies würde auch bedeuten, die Modalitäten einer von Russland wiederholt angebotenen Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit ernsthaft zu prüfen, der alle zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme Turkmenistans angehören, die aber von Moskau dominiert wird. Zudem würde eine solche pragmatische Kooperation eine stärkere Einbindung Russlands in das Afghanistan-Engagement der Nato verlangen – sowohl auf operativer Ebene als auch bei der Planung. Eines hat die angekündigte Schließung von Manas jedenfalls klargemacht: der Schlüssel zur nördlichen Versorgungsline für Afghanistan liegt in Russland.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364